

Bildungs- und Kulturkommission

Antrag

Vom 04. April 2018

Nr. A 0222/2017

Auftrag Beat Künzli (SVP, Laupersdorf): Weniger Überprüfungen, Tests und Checks

Erheblicherklärung.

Für die Bildungs- und Kulturkommission:

Vizepräsident: Aktuarin:
Mathias Stricker Myriam Ackermann

Sprecher/in der Kommission: Kuno Gasser

Der Regierungsrat hat am 24. April 2018 dem Antrag zugestimmt (siehe Rückseite).

Regierungsratsbeschluss

vom 24. April 2018
Nr. 2018/620

Auftrag Beat Künzli (SVP, Laupersdorf): Weniger Überprüfungen, Tests und Checks Stellungnahme des Regierungsrates zum Änderungsantrag der BIKUKO vom 4. April 2018 zum Auftrag A 0222/2017 (DBK)

1. Ausgangslage

Mit Datum vom 4. April 2018 unterbreitet die Bildungs- und Kulturkommission (BIKUKO) ihren Änderungsauftrag zum obgenannten Auftrag (RRB Nr. 2018/406 vom 19.03.2018) und beantragt Erheblicherklärung.

2. Erwägungen

Die Akteure des Schulsystems wussten von jeher, dass sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben nicht immer die passgenauen Daten zur Verfügung hatten. Obwohl es viele Daten gab, denn getestet wurde an der Schule immer: Prüfungen zur Notengebung innerhalb der Klasse, Prüfungen zur Selektion in eine andere Schulstufe etc. Alle wussten, dass die genannten "Prüfungen" nötig sind, aber nicht entscheidend zur Förderung der Schülerinnen und Schüler beitrugen und noch weniger über den Zustand und die Entwicklung der Schule aussagten.

Die Förderung des Lehr- Lernprozesses (durch die gute Lehrperson), ein Qualitätsmanagement (durch die engagierte Schulleitung) oder die Rechenschaftsabnahme der Öffentlichkeit (Gemeinderat, Kantonsrat, Steuerzahlende) erfolgten gleichwohl. Erfahrungswissen, verbesserte Aus- und Weiterbildungen und viel professionelles Engagement der Akteure sorgten für positive Schulentwicklungen. Aber eigentlich wusste niemand so genau, wie positiv "positiv" wirklich war. Dazu fehlten allen Akteuren Vergleichsmöglichkeiten, die von der Schule unabhängig waren.

Deshalb beschloss die Politik, konkret der Kantonsrat am 2. November 2010, als Ergänzung zu den erwähnten Prüfungen, den Akteuren ein neues Instrument in die Hand zu geben. Die Lehrpersonen, die Schulleitungen und schliesslich die Politik bestellten ein unabhängiges und "geichtetes" Feedback zum Lernstand und Lernfortschritt der Schülerinnen und Schüler. Diese von der einzelnen Schule unabhängige Vergleichsmessung liegt nun vor: Die sogenannten Checks (mit förderorientierter Aufgabensammlung).

Den Aufwand so klein wie möglich zu halten, ist ein Dauerauftrag jeder Regierungstätigkeit. Die eindeutige Stellungnahme der BIKUKO als bildungspolitische Fachkommission zeigt mit aller Deutlichkeit, dass es uns bisher nicht gelungen ist, fachlich differenziert Sinn und Zweck der verschiedenen "schulischen Überprüfungen" erklären zu können oder damit politisch Gehör zu finden. Wir werden uns deshalb auf der interkantonalen Ebene dafür einsetzen, den Aufwand für die ÜGK zu reduzieren oder uns so weit wie möglich von der Verpflichtung zur Durchführung dieser Überprüfung der Grundkompetenzen verabschieden. Ebenso werden wir keine kantonale Sonderauswertung zu den PISA-Tests mehr einfordern, weil damit der kantonale Prüfaufwand erhöht wird. Die Checks stecken in der Einführungsphase, also dort, wo der Aufwand mangels Routine am grössten ist. Es ist deshalb richtig, in dieser Phase auch eine Reduktion des Aufwandes zu prüfen. Der "Prüfauftrag" des Auftragstextes gibt uns die dazu nötige Ergebnisoffenheit. Wie in unserer Stellungnahme zum Auftrag ausgeführt, sind die Erfahrungen der Schulen, mit den Ergebnissen der Checks P3 zu arbeiten, noch gering und können verbessert werden. Zum Thema des Auftrages "Weniger Überprüfungen" wird auch zu bedenken sein, dass ohne Check S3 grundsätzlich auch das Abschlusszertifikat der Volksschule in Frage gestellt wird. Das Abschlusszertifikat war ein wesentliches Argument in der Abstimmung zur Reform der Sekundarstufe I – insbesondere für die Wirtschaft. Es sollen nicht nur niveaubhängige Noten als Beleg vorliegen, sondern ein Leistungsausweis unabhängig des besuchten Anforderungsniveaus. Wie reduzierte Checks diesen Beleg liefern können, wird intensiv zu prüfen sein.

3. Beschluss

Der Regierungsrat stimmt dem Änderungsantrag der BIKUKO vom 4. April 2018 zu.